

GASTKOMMENTAR

Mehr direkte Demokratie

REINER EICHENBERGER



Viele wollen eine große Koalition und keine Minderheitsregierung, weil Deutschland eine beschlussfähige, starke Regierung brauche. Dagegen spricht zweierlei: Erstens war die große Koalition bisher alles andere als eine starke, entscheidungsfreudige Regierung. Und wenn, entschied sie oft schlecht. Deutschland verdankt seinen Erfolg nicht der großen Koalition, sondern vor allem der früheren Politik der Regierung Schröder sowie Doping: der tiefe Euro-Kurs bläht die Exporte auf, und die zu tiefen Zinsen schönen die Staatsrechnung. Zudem wird Deutschland allzu oft mit den kranken und fußlahmen EU-Groß- und Südländer verglichen statt mit Erfolgsmodellen.

Zweitens wäre eine Minderheitsregierung keine schwache Regierung, sondern eine starke – wenn sie es denn richtig macht. Zwei der weltweit erfolgreichsten Länder haben zumeist Minderheitsregierungen: Dänemark und Schweden. Ein großer Teil der Regierungsarbeit besteht darin, Rechtsverordnungen und niederschwelligere Ausführungsbestimmungen zu Gesetzen zu erlassen und diese anzuwenden. Das können homogene Minderheitsregierungen besser als heterogene Mehrheitsregierungen. Veränderungen gäbe es hingegen bei der Gesetzgebung.

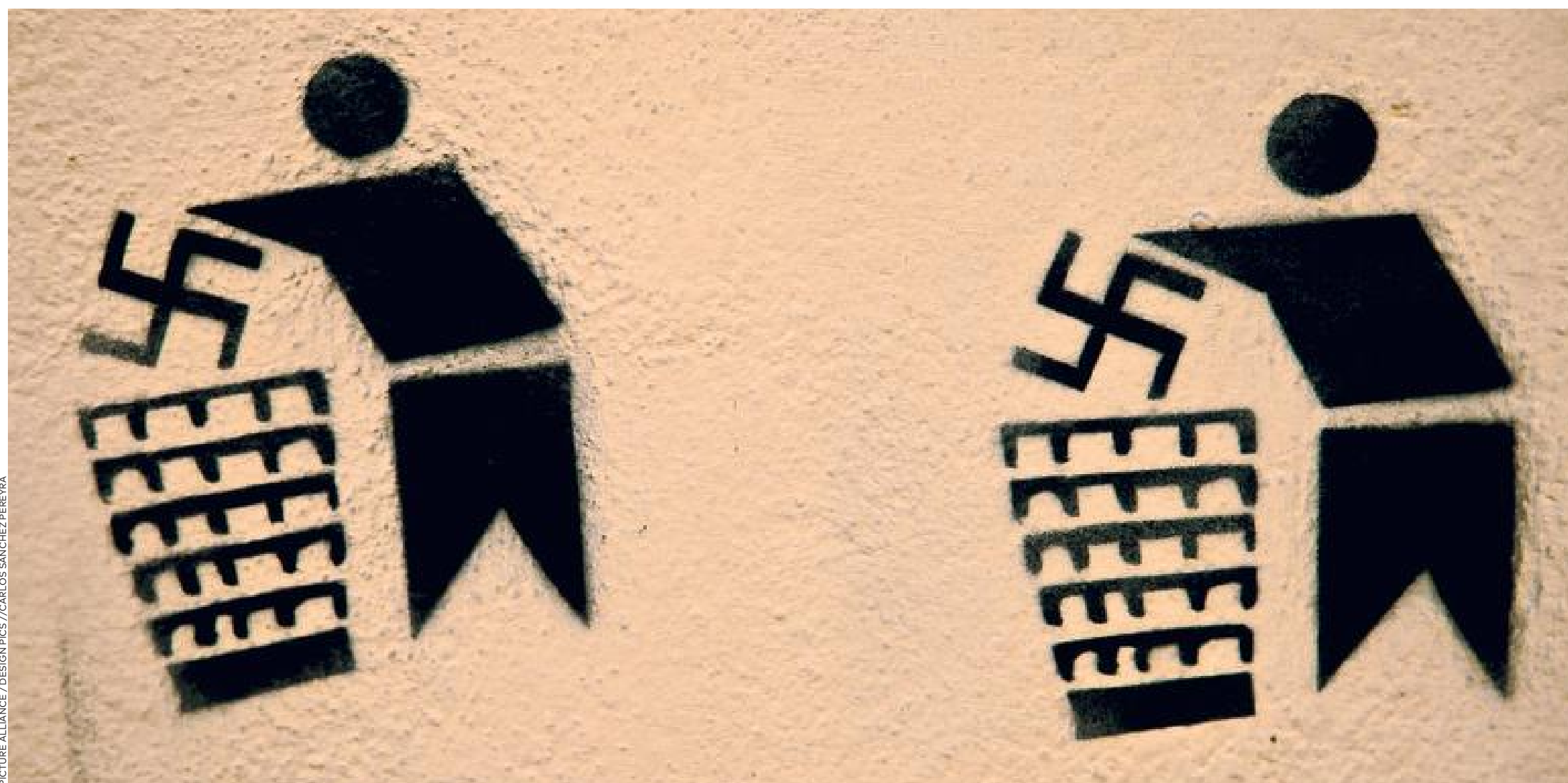
Minderheitsregierungen müssen für ihre Gesetzesvorlagen so viel Stimmen von gegnerischen Parlamentariern gewinnen, dass es für eine Mehrheit reicht. Minderheitsregierungen können also nicht einfach zwecks ihrer Macht regieren, sondern nur dank besseren Argumenten. In Dänemark und Schweden hat sich dafür ein Verfahren etabliert, das auch eine zentrale Rolle für den Erfolg der Schweiz spielt: das Vernehmlassungsverfahren. Die Minderheitsregierungen unterbreiten ihre Gesetzesprojekte allen wichtigen oder betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und nutzen deren formelle Stellungnahmen zu Verbesserungen ihrer Gesetzesvorschlüsse. Das erschwert es danach den Parlamentariern aus Nicht-Regierungsparteien, die Regierungsvorlage abzulehnen.

Grundsätzlich möchten die Oppositionsparteien natürlich weiterhin selbst an die Macht. Dafür müssten sie die Regierung zu Fall bringen und in den Neuwahlen große Gewinne erzielen. Letzteres ist aber sehr schwierig. Im Wahlkampf können sie die frühere Minderheitsregierung nicht so wie eine Mehrheitsregierung für alles Schlechte verantwortlich machen. Immerhin hatten sie ja einen gewissen Einfluss auf ihre Politik. Zudem belohnen die Wähler das Zu-Fall-Bringen einer engagierten Minderheitsregierung zumeist nicht. Die Oppositionsparteien müssen deshalb vermehrt durch positive Leistungen glänzen, etwa indem sie die Minderheitsregierung zu erst länger konstruktiv unterstützen und in den von ihnen regierten Gebietskörperschaften möglichst gute Politik betreiben.

Einer der größten Vorteile von Minderheitsregierungen ist, dass sie sich einen starken Koalitionspartner sucht: die Bürger. Diese können sie nicht nur durch gute Politik gewinnen, sondern auch indem sie ihnen mehr Einfluss geben. Anders als Mehrheitsregierungen haben sie dadurch nichts zu verlieren. In Deutschland hat in den letzten gut 20 Jahren direkte Demokratie Fuß gefasst und sich in verschiedenen Bundesländern sehr fruchtbar entwickelt. Auf Bundesebene aber wurden die Bemühungen für mehr direkte Demokratie immer von den Regierungsparteien ausgebremst. Eine Minderheitsregierung könnte den Ruf nach direkter Demokratie auf Bundesebene aufnehmen und so zugleich Deutschland und sich selbst dienen.

Der Autor ist Ordinarius für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz). Die hier vertretene Sicht entspringt gemeinsamer Forschung mit David Stadelmann (Universität Bayreuth).

ESSAY



Das Eckige muss ins Runde: Antifa-Graffiti an einer Hauswand in Regensburg

Alles Hitler oder was?

Es ist schon eine Weile her, dass der Philosoph Jürgen Habermas von einem „linken Faschismus“ gesprochen und damit jene Teile der außerparlamentarischen Opposition gemeint hat, die Gewaltaktionen gutheißen oder sich von ihnen nicht distanzieren wollten. Das war vor genau 50 Jahren, 1967. Habermas war noch ein junger Mann, und die Bundesrepublik steuerte auf eine Revolution zu, deren Wortführer heute, nach einem langen und erfolgreichen Marsch durch die Institutionen, im Rentenalter angekommen sind. Sie haben das Land tatsächlich verändert, mehr als sie es je zu träumen gewagt hätten, die Prostitution entkriminalisiert, die Energiewende angestoßen, die Ehe für alle durchgesetzt, und nun sind sie dabei, mithilfe der Klimapolitik die Welt vor dem Untergang zu retten.

„Umwelt ist nicht alles, aber ohne Umwelt ist alles nichts“, sagen die Grünen. Die Kanzlerin stellt fest: „Der Klimawandel ist eine Schicksalsfrage für die Menschheit.“ Und wenn eine Schicksalsfrage an der Tür klopft, dann muss man sofort etwas unternehmen, um das drohende Unheil abzuwenden, da bleibt keine Zeit, um alberne Fragen zu stellen wie die, ob es wirklich „das Schicksal“ ist, das vor der Tür steht, oder nur eine Idee, die dem nächsten Totalitarismus den Weg bereitet.

Jedenfalls ist von einem „linken Faschismus“ längst keine Rede mehr, nicht einmal dann, wenn marodierende Banden aus Protest gegen den „entfesselten Kapitalismus“ durch die Stadt ziehen, Autos abfackeln und Geschäfte plündern. Sie meinen es ja irgendwie gut, sie wollen etwas ganz Schlimmes verhindern und vergreifen sich dabei in der Wahl der Mittel. Kann schon mal passieren, man sollte aber das Kind nicht mit dem Bad ausschütten.

Von einer ganz anderen Qualität sind dagegen die Reaktionen, wenn „Gefahr von rechts“ droht. Man könnte meinen, nicht die Klimakatastrophe stünde vor der Tür, sondern das Vierte Reich, vertreten durch die AfD, eine Handvoll „rechter“ Verlage und Querdenker wie den weithin unbekanntenen Philosophen Rolf Peter Sieferle, dessen Buch „Finis Germania“ der „Spiegel“ von der hauseigenen Bestsellerliste gelöscht hat, um nachzuholen, was bei dem Erscheinen von Hitlers „Mein Kampf“ vor über 90 Jahren versäumt wurde.

Das Waldsterben, das Ozonloch und die Leiden der Eisbären haben zusammengenommen nicht annähernd so viel hysterische Energie entfachen können wie die Angst vor einer zweiten Machtergreifung durch rechte Elemente. Im letzten Wahlkampf drehte sich praktisch alles um die Frage, wie man mit der AfD umgehen, ihren Einzug in den Bundestag verhindern sollte; die Bundesregierung, allen voran das Familienministerium, gibt im Rahmen diverser Pro-

Deutschland ist im Antifa-Rausch. Alles, was nicht bei drei auf den Bäumen ist, gilt als rechts und wird bekämpft – als hole man den Widerstand gegen das Dritte Reich nach. Vor allem die Sprachpolizei ist hochaktiv



HENRYK M. BRODER

gramme viele Millionen Euro für den „Kampf gegen rechts“ aus. Es werden zahllose Initiativen gefördert, die für Gefahren „sensibilisieren“ wollen, welche das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik bedrohen. Und so, wie es eine Armutsindustrie gibt, die davon lebt, dass sie die Armut verwaltet, gibt es auch eine Antifa, die davon lebt, dass sie einen Scheinriesen in grellen Farben an die Wand malt und alles für „rechts“ erklärt, das zum Buntsein nicht gezwungen werden möchte.

Um einen viel zitierten Satz von Johannes Gross noch einmal zu wiederholen: „Je länger das Dritte Reich tot ist, umso stärker wird der Widerstand gegen Hitler und die Seinen.“ Dieser nachgeholt Widerstand dominiert den politischen Diskurs, die populäre Kultur und die Banalitäten des Alltags. Der Berliner Christopher Street Day stand in diesem Jahr unter dem Motto: „Mehr von uns – jede Stimme gegen rechts!“ Man habe die Lösung unter fast 200 eingereichten Vorschlägen ausgewählt, teilten die Veranstalter der Parade mit. Kölner Wirte beteiligten sich an Protesten gegen einen Parteitag der AfD in einem Kölner Hotel, indem sie Bierdeckel mit dem Aufdruck „Kein Kölsch für Nazis“ in ihren Kneipen auslegten. Symbolischer und wohlfeiler kann der antifaschistische Widerstand nicht sein.

Inzwischen gehört mehr Mut dazu, sich als AfD-Wähler oder Sympathisant zu outen denn als praktizierender Schwuler. Und wer es unterlässt, vorsorglich auf Distanz zur AfD zu gehen, wenn es um so heikle Fragen wie Migration und Integration geht, der macht sich schon verdächtig und riskiert, aus dem Kreis der Kölsch-Freunde ausgeschlossen zu werden. Irgendeine Laterne, die als Galgen taugt, findet sich immer.

Der grüne Europaabgeordnete und frühere Parteichef Reinhard Bütikofer, der für seine Partei an den Sondierungen für eine Jamaika-Koalition teilnahm, erklärte nach dem Abbruch der Gespräche, Christian Lindner wolle „mit der AfD um deutschnationale Wähler konkurrieren“ und habe deswegen „das Hasenpanier ergriffen“. Der Vorwurf, für den es keinen Beleg gibt, reicht, um Lindner als einen verkappten Rechten, einen in der Wolle des Liberalismus gefärbten Deutschnationalen zu entlarven. Selbst wenn er wirklich mit der AfD um „deutschnationale Wähler“ konkurrieren wollte, gäbe es dagegen nichts zu sagen, gilt es doch, die AfD-Wähler in das „demokratische Lager“ zurückzuholen, wie uns vor der Wahl jeden Tag versichert wurde. Würden die Grünen die Stimmen ehemaliger AfD-Wähler ablehnen oder deren Umkehr eher als Erfolg ihrer Überzeugungsarbeit feiern?

Vor Kurzem war im Deutschlandfunk ein Beitrag zu hören, dessen Verfasser, ein evangelischer Theologe, sein Unbehagen darüber äußerte, dass noch immer Begriffe benutzt werden, „die so belastet sind, dass sie nicht mehr unbefangene benutzt werden können“, zum Beispiel „Anstand“ und „anständig“. Seit Heinrich Himmler in seiner „Posener Rede“ im Jahre 1943 diejenige „anständig“ nannte, „die den Anblick der von ihnen selbst produzierten Leichenberge aushalten konnten“, sei der Begriff „Anstand“ eine „kontaminierte Vokabel“. Dennoch dürfe man „den Anstandsbegriff heutzutage ungestraft benutzen“, wundert sich der Theologe und gibt so zu verstehen, dass er diesem Übel abhelfen würde, wenn er die Macht dazu hätte.

Ähnlich positionierte sich auch ein Sprachwissenschaftler der Berliner Freien Universität in einem Interview mit „Bento“, der Jugendseite des „Spiegels“, zu der Frage, wie man mit Begriffen umgehen sollte, die „vom Nationalsozialismus negativ belegt wurden“. Da müsse man sauber differenzieren, sagt der Sprachwissenschaftler, bei „Lügenpresse“ sei der Fall „eindeutig“, wer „solche Wörter gezielt benutzt, bedient sich am Gedankengut der Nationalsozialisten“. Das Wort „Mädel“ dagegen dürfe benutzt werden, obwohl damit „lange Zeit noch die NS-Jugendorganisation Bund Deutscher Mädel assoziiert“ wurde. Inzwischen aber sei es „eher ein Ausdruck für Vertrautheit – wie in ‚Ich und meine Mädels‘.“

In dieser Art der Beschäftigung mit dem Nachlass des Dritten Reiches liegt etwas gruselig

lustvolles. Man kommt dem Gegenstand seines Interesses nahe, ohne sich mit ihm gemeinzu machen. Man kann den Nazis in die gute Stube schauen, ohne sie zu betreten. Man bleibt „anständig“ und nimmt doch irgendwie an der größten Sauerei aller Zeiten teil. Und da es kaum noch Zeitzeugen gibt, rücken die jungen Wilden der Antifa nach.

Eine blonde 25-Jährige namens Heidi schreibt ein Buch über ihre „Kindheit und Jugend inmitten von Nazis“ – nicht im Dritten Reich, sondern in ihrer eigenen Familie in einem Dorf bei München. Der „Stern“ würdigt das Werk mit einer längeren Rezension, in der darauf hingewiesen wird, die Autorin wolle „mit ihrem Buch auch ein Zeichen gegen rechtspopulistische Tendenzen setzen, die in Deutschland spätestens seit dem Aufkommen der AfD wieder en vogue sind“. Sie habe zusammen mit ihrem Mann, ebenfalls einem Ex-Nazi, „eine Organisation gegründet, die Neonazis beim Ausstieg hilft“. Ihre „gnadenlos ehrliche Erzählung“ will „auftrütteln und warnen“.

Ja, etwas dermaßen gnadenlos Ehrliches hat es nicht mehr gegeben, seit der „Stern“ vor 34 Jahren die Hitler-Tagebücher veröffentlichte und damit dem Führer zu einem neuen Leben verhalf. Damals gab die Chefredaktion des „Stern“ bekannt: „Die Geschichte des Dritten Reiches muss teilweise umgeschrieben werden.“ Heute wird die Geschichte der Bundesrepublik teilweise umgeschrieben. Das Land, in dem wir gut und gerne leben, bewegt sich auf einen Abgrund zu. Nazis, Nazis überall, die nur darauf warten, die Macht zu ergreifen. Deutschland im Antifa-Rausch.

Und je entschlossener der „Kampf gegen rechts“ auf allen Ebenen geführt wird, in der Politik, in der Kultur, in der Literatur, im Erziehungswesen, umso mehr Nazis kommen aus ihren Verstecken hervorgekrochen. Sie sind wieder da! Nur mit größter Mühe konnte verhindert werden, dass einer von ihnen zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt wurde. Wenn es so weitergeht, wird der Faschismus nicht auferstehen, dafür aber der Antifaschismus in seine Fußstapfen treten. Mit Denk- und Sprechverboten, mit dem Ausrufen von Schicksalsfragen, mit Ausgrenzungen und Denunziationen, mit Kunstaktionen, die den Tatbestand der Nötigung erfüllen – alles, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

In der „taz“ erklärt eine 29 Jahre junge Aktivistin der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“, was sie und ihre Freunde zum Parteitag der AfD planen. „Wir werden da rein gehen und den Parteitag abbrennen.“ Den Einwand, die AfD sei immerhin „eine demokratisch gewählte Partei“, lässt sie nicht gelten: „Das war die NSDAP auch.“ Onkel Adolf hat ganze Arbeit geleistet. Auch drei Generationen nach seinem Ableben führen alle Wege in die Reichskanzlei.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 f)
Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs:
Peter Huth, Oliver Michalsky, Arne Teetz
Stellvertretende Chefredakteurin:
Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Chefkomentator: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner,
Henning Kruse; Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artredaktion: Juliane Schwarzenberg,
Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schroeder
Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
Investigation/Reportage: Wolfgang Büscher, Jennifer Wilton, Stv. Manuel Bewarder
Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz, Stv. Silke Müller
Wirtschaft/Finanzen: Olaf Gersemann, Ilana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner, Michael Fabricius, Thomas Exner (Senior Editor)
Kultur: Andreas Rosenfelder, Stv.

Elmar Krekeler, Lucas Wiegelmann
Literarische Welt: Dr. Mara Delius
Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
Stil/Reise/Motor: Adriano Sack, Stv. Sonke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeidler
Leben/Wissen: Wolfgang Scheida, Heike Vowinkel, Stv. Dr. Pia Heinemann
Nachrichtenchef: Falk Schneider
Social Media: Niddal

Salah-Eldin WELTplus: Sebastian Lange
Video: Martin Heller
CvD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg Forbricht
Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm

Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik: Dr. Dorothea Siems
Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
Chefkorrespondent

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
Korrespondentin: Jennifer Wilton
Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerl, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Hannelore Crolly, Dr. Christoph Schiltz
Budapest: Boris Kalnoky
Istan-

bul: Deniz Yücel
Jerusalem: Gil Yaron
Kapstadt: Christian Putsch
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger
Madrid: Ute Müller
Marrakesch: Alfred Hackensberger
Moskau: Pavel Lokshin
New York: Michael Remke, Hannes Stein
Paris: Martina Meister
Peking: Johnny Erling
Prag: Hans-Jörg Schmidt
Warschau: Dr. Gerhard Gnauck
Washington: Steffen Schwarzkopf, Clemens Wergin